Zweckverband Abfallwirtschaft
Region Hannover
Die Verbandsgeschäftsführerin
5

Hannover, 08.11.2012

Beschlussvorlage Nr. A III B 274A/2012

mit 4 Anlagen

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	Beschluss		Abstimmung		
			lt. Vorschlag	abweichend	Ja	Nein	Enthaltung
Zweckverbandsversammlung							

Betreff:
Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan 2013

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung 2013 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover in der anliegenden Fassung (Anlage 1) und
2. der Wirtschaftsplan 2013 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover in der anliegenden Fassung (Anlagen 2-4) wird beschlossen.

Begründung:

Diese Drucksache ersetzt die Beschlussdrucksache A III B 274/2012 vom 13. August 2012. Die Änderungen sind hervorgehoben.

Die Änderung der Drucksache A III B 274/2012 ist erforderlich, weil der darin zur Beschlussfassung vorgelegte Wirtschaftsplan 2013 davon ausging, dass der Zweckverband den Folgeauftrag der dualen Systeme für die Erfassung von Verpackungsabfällen im Umland erhält. Zwischenzeitlich wurde dieser Auftrag an einen anderen Anbieter vergeben. Mit diesem jetzt von den dualen Systemen beauftragten Auftragnehmer hat der Zweckverband einen Subunternehmerauftrag abgeschlossen, aufgrund dessen er weiterhin im bisherigen Umfang die im Umland anfallenden Leichtverpackungen erfasst. Aus diesem (Subunternehmer-) Auftragsverhältnis ergeben sich Änderungen in Bezug auf das zurzeit noch als Pilotversuch durchgeführte Sammelsystem der O-Tonne. Die Erfassung der Leichtverpackungen als Subunternehmer führt gegenüber der ursprünglichen Wirtschaftsplanung zu keinen Änderungen hinsichtlich der damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben.

Bisher wurde der Inhalt der O-Tonnen zusammen mit den Verpackungsabfällen der dualen Systeme eingesammelt. Dieses ist aufgrund der v. g. neuen Vertragskonstellation nicht mehr möglich. Daher soll der Inhalt der O-Tonne jetzt gesondert erfasst werden. Der bisherige Pilotversuch soll in einen Satzungstatbestand als gesonderte Wertstofftonne überführt werden. Die hierzu erforderliche Beschlussfassung erfolgt im Rahmen einer gesonderten Drucksache. Die sich daraus ergebenden Änderungen bei den Einnahmen und Ausgaben sowie im Stellenplan sind im anliegenden Wirtschaftsplan enthalten.

Der sich aus der Einführung der O-Tonne ergebende zusätzliche Aufwand kann zum Teil durch rückläufige Zuführungen an die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen ausgeglichen werden. Neue Erkenntnisse aufgrund von aktuellen Ausschreibungsergebnissen wurden durch die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in die Berechnung der Rückstellungen gem. dem Gutachten bezüglich der Deponierückstellungen übernommen. Die Ergebnisse des aktualisierten Gutachtens wurden in die Planung des Wirtschaftsjahres 2013 übernommen. Daraus ergeben sich verminderte Rückstellungsbeträge.

Eine ebenfalls in dieser Drucksache enthaltene Änderung der Beschlussdrucksache A III B 274/2012 betrifft den Vermögensplan für den Bereich Abfallbehandlung. Dort wird zusätzlich der Ersatz für eine durch einen Brandschaden irreparabel beschädigte RTO (thermische Abluftbehandlungsanlage) ausgewiesen.

Erfolgsplan:

Die Planung des Wirtschaftsjahres 2013 geht hinsichtlich der veranschlagten Gebühreneinnahmen davon aus, dass die Gebührenkalkulation für die Jahre 2010 bis 2012 für das Jahr 2013 unverändert fortgelten kann. Die Fortschreibung der Prognosedaten lässt den Schluss zu, dass der für das laufende Wirtschaftsjahr 2012 geplante Fehlbetrag (7.600 T€) nicht überschritten wird. Der für 2013 prognostizierte Fehlbetrag *(700 T€)* kann durch den Gewinnvortrag aus Vorjahren in Höhe von ca. 11.982 T€ (siehe Vorlage 345/2012 III BDs) ebenso wie der Fehlbetrag des laufenden Wirtschaftsjahres *(2012)* ohne eine Veränderung der bestehenden Gebühren ausgeglichen werden.

Der Erfolgsplan 2013 sieht für den Zweckverband betriebliche Erträge in Höhe von *183.160* T€ (Vorjahr 178.940 T€), Gesamtaufwendungen in Höhe von *183.860 T€* (Vorjahr 186.540 T€), und somit einen **Fehlbetrag von *700 T€*** (Vorjahr 7.600 T€) vor.

Die Anlage 2 zeigt, wie die Zuordnung des Erfolgsplanes zu den einzelnen Sparten erfolgt.

Für die **Stadtreinigung** sieht der Wirtschaftsplan 2013 bei Erträgen in Höhe von 26.120 T€ (Vorjahr 25.775 T€) und Aufwendungen i. H. v. 26.060 T€ (Vorjahr 25.675 T€) einen Überschuss i. H. v. 60 T€ vor. Die Kalkulation der Gebühren für die Stadtreinigung sah als Gesamtergebnis des Kalkulationszeitraumes 2010/2012 einen Gebührenvortrag i. H. v. 89 T€ vor, der mit dem im Wirtschaftsplan 2012 angestrebten Ergebnis (+100 T€) erreicht wird. Da die Planung für 2013 von einem Überschuss i. H. v. 60 T€ ausgeht, kann bezüglich der Straßenreinigungsgebühren von einer Fortgeltung des zurzeit gültigen Gebührensatzes ausgegangen werden.

Für die **Abfallentsorgung** sieht der Wirtschaftsplan 2013 bei Erträgen i. H. v. *155.480 T€* (Vorjahr 150.880 T€) und Aufwendungen i. H. v. *156.240 T€* (Vorjahr 158.580 T€) einen Fehlbetrag i. H. v. *760 T€* (Vorjahr 7.700 T€) vor*. In den Ansätzen der Abfallentsorgung sind für eine ab 2013 regionsweit und eigenständig erfolgende Wertstofferfassung mit der O-Tonne Kosten für die Sammlung (1.300 T€), Sortierung (200 T€) und Beschaffung (250 T€) sowie Erlöse (150 T€) für die Vermarktung von Wertstoffen enthalten.* Wie vorstehend ausgeführt, stehen zum Ausgleich der in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 erwarteten Fehlbeträge Gebührenvorträge aus den Vorjahren zur Verfügung.

Es wird davon ausgegangen, dass die **Umsatzerlöse** im Jahr 2013 um *4.250 T€* auf *181.150 T€* zunehmen werden. Im Saldo ergibt sich diese positive Entwicklung aus erwarteten Mindereinnahmen bei den Gebühren für Abfallsäcke und größere Abfallbehälter sowie aus höheren Einnahmeerwartungen aus dem Verkauf von Wertstoffen und den Gebühren für die Straßenreinigung. Die Übertragung von Aufgaben *bei der Erfassung von Verpackungsabfällen* von der Abfallentsorgungsgesellschaft auf den Zweckverband führt zu geringeren Kostenerstattungen durch die Gesellschaft und zusätzlichen Erlösen aus der Einsammlung von Verkaufsverpackungen *(Subunternehmervertrag) i.H.v. 3.100 T€.*

Im Bereich der Abfallentsorgung sind als größere Posten der Umsatzerlöse u. a. die Gebühreneinnahmen der Abfallsammlung (121.262 T€ (-595 T€)) und der Abfallbehandlung (6.080 T€ (-180 T€)), die sonstigen Erlöse aus Abfallsammlung und -behandlung *(23.643 T€ (+7.155 T€))* sowie die Erstattungen für Tätigkeiten für verbundene Unternehmen (3.005 T€ (-1.775 T€)) zu nennen. Wesentliche Posten der Umsatzerlöse im Bereich der Stadtreinigung sind die Gebühreneinnahmen (17.550 T€), der Anteil der Stadt Hannover (5.932 T€) und die sonstigen Erlöse (2.388 T€).

Aktivierte Eigenleistung sind in Höhe von 10 T€ vorgesehen. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** bewegen sich mit 2.000 T€ auf dem Niveau des Vorjahres. Der Ansatz beinhaltet u. a. als wesentliche Positionen Mehrerlöse aus Anlagenabgängen (331 T€), Mieten / Erbbauzinsen (247 T€), Schadensersatzleistungen (651 T€) und sonstige betriebliche Erträge wie z. B. Schrottverkäufe, Bußgelder, Boni und Erträge aus dem Kantinenbetrieb i. H. v. gesamt 771 T€.

Der **Materialaufwand** vermindert sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um voraussichtlich *1.820 T€* bzw*. 2,8%* auf *63.780 T€.* Diese positive Entwicklung wird trotz einem gegenüber dem Vorjahr um *1.180 T€* auf *23.080 T€* im gestiegenen Aufwand für den Bezug von **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen** erwartet**.** Zu dieser Position stehen dem weiter rückläufigen Aufwand für den Strombezug *(-810 T€)* durch die Übernahme der Stromproduktion auf der Deponie Lahe, steigende Kosten für Kraftstoffe *(+660 T€),* höhere Materialkosten für die Betriebsmittel der Kläranlagen (+230 T€), gestiegene Materialkosten für den Unterhalt von Kfz/technischen Geräten *(+539 T€)* und höhere Aufwendungen für den Bezug von Wertstoffsäcken (+ 273 T€) gegenüber. *Für die Einführung der O-Tonne sind zu dieser Position 550 T€ für die Beschaffung von Behältern und den Unterhalt von Kfz vorgesehen.*

Anderseits besteht die Erwartung, dass sich die Aufwendungen für die **bezogenen Leistungen** um *3.000 T€* auf *40.700 T€* reduzieren werden. Insbesondere wird davon ausgegangen, dass auf den Deponien (516 T€ / -284 T€) und im Bereich der Gebäude und Anlagen (5.716 T€ / -2.170 T€) geringere Unterhalts- / Sanierungsaufwendungen anfallen werden. Rückläufige Restabfallmengen und die volle Auslastung der MBA, die gemeinsam zu einer Verminderung des Aufwandes für die thermische Entsorgung (19.600 T€ / -400 T€) führen und rückläufige Pachtzahlungen an die Gesellschaft (2.830 T€ / -770 T€) sind ebenfalls in der Kalkulation berücksichtigt worden.

Der **Personalaufwand** steigt gegenüber dem Vorjahr um *3.860 T€ (+5,1%)* auf *80.060 T€.* In dem Ansatz ist die für die Jahre 2012 und 2013 beschlossene tarifliche Steigerung (2012 = 3,5%; 2013 = 1,4% zuzgl. 1,4% ab 01.08.2013) berücksichtigt worden. Zusätzlich enthält der Ansatz den *Planungsaufwand für* die Einrichtung von *29* neuen Stellen (s. Stellenplan) *i.H.v. 1.000 T€.*

Die **Abschreibungen** vermindern sich gegenüber dem Vorjahr um 1.800 T€ auf 21.800 T€. Die Abschreibungen ergeben sich aus der Investitionstätigkeit und dem Bestand des Zweckverbandes. Dort wurden bei einigen Liegenschaften die baulichen Anlagen 2012 letztmalig abgeschrieben. Da für diese Objekte noch kein Ersatz erforderlich ist oder sich noch in der Planung befindet, ergeben sich daraus rückläufige Aufwendungen für die Abschreibungen. Die Abschreibungen im Bereich der Abfallbehandlung gehen aus den gleichen Gründen ebenfalls zurück.

Die Aufwendungen für **Deponienachsorge und Altlastenentsorgung** gehen um *3.240 T€* auf *5.690 T€* zurück. Die jährlich vorzunehmende Zuführung zu den Rekultivierungsrückstellungen wurde 2007 im Rahmen eines Gutachtens durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt. *Zu den in diesem Gutachten berücksichtigten Maßnahmen liegen jetzt aktuelle Ausschreibungsergebnisse vor. Da sich diese Ergebnisse positiv von den seinerzeitigen Kostenschätzungen unterscheiden, erfolgte eine Aktualisierung des Gutachtens mit dem Ergebnis, dass die jährliche Zuführungsrate im Wirtschaftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr deutliche gesenkt werden kann (s.o.). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die ursprüngliche Planung für 2012 eine relativ hohe Zuführung als notwendig erachtet hatte. Für die nachfolgenden Wirtschaftsjahre wird davon ausgegangen, dass die Zuführungsrate um ca. 1.000 T€ gegenüber der bisherigen Planung gesenkt werden kann.* Weiterhin beinhaltet dieser Ansatz 204 T€ für die Erkundung und Sanierung von Altlasten im Entsorgungsgebiet des Verbandes gem. § 12 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 7 des Niedersächsischen Abfallgesetzes.

Die **sonstigen betriebliche Aufwendungen** erhöhen sich um 80 T€ auf 11.410 T€. Im Wesentlichen ist die Veränderung des Ansatzes zu dieser Position auf Mehrkosten, verursacht durch höhere Versicherungsprämien (+438 T€), höhere Mautgebühren (+76 T€), Mieten von Fahrzeugen und Geräten (+ 100 T€) und höhere Rundfunk- und Postgebühren (+103 T€) zurückzuführen denen geringere Aufwendungen im Bereich der ED (-342 T€) und für Mietzahlungen (-306 T€) durch den geplanten Umzug in den Neubau Karl-Wiechert-Allee, gegenüberstehen.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wird davon ausgegangen, dass sich das **Finanzergebnis** negativ entwickelt. Dabei wird unterstellt, dass die weiterhin rückläufige Entwicklung auf dem Zinsmarkt im kommenden Jahr anhält und aufgrund der Rekultivierungsmaßnahmen auf der Deponie Lahe wie geplant Mittel aus den Rückstellungen abfließen werden.
Hieraus folgen um 115 T€ auf 475 T€ zurückgehende Zinserträge, die zusammen mit einem um 35 T€ auf 605 T€ steigenden Zinsaufwand ein negatives Finanzergebnis in Höhe von 130 T€ ergeben.

<u>Vermögensplan:</u>

Der Vermögensplan 2013 ist Bestandteil des Investitionsprogramms 2012 bis 2016 in Höhe von 162.625 T€. Die Summe der Ansätze des Vermögensplans 2013 beläuft sich auf 38.450 T€ (Vorjahr 41.770 T€).

In der Sparte **Stadtreinigung und Winterdienst** sind Investitionen i. H. v**. *4.190 T€*** (+85 T€) vorgesehen. Der Ansatz des Wirtschaftsjahres 2013 enthält mit 1.200 T€ den Beginn eines größeren Vorhabens, bei dem die Betriebsstätten Sandstraße und Brühlstraße zu einer zentralen Betriebsstätte für die Innenstadtreinigung zusammengefasst werden sollen. Dazu muss der Standort Sandstraße vergrößert werden. Der dazu notwendige Grunderwerb könnte in unmittelbarer Nachbarschaft der Betriebsstätte auf dem Gelände des ehemaligen Hauptgüterbahnhofes erfolgen.

Mit der Zusammenlegung der Betriebsstätten Berenbostel und Mecklenheidestraße ist die am Standort Berenbostel befindliche Werkstatteinrichtung für die Betreuung der dort zusätzlich untergebrachten Fahrzeuge nicht mehr ausreichend. Der Vermögensplan enthält deshalb einen Ansatz i. H. v. 520 T€ für die Erweiterung der Kfz-Werkstatt der Betriebsstätte Berenbostel.

Nach dem in den Vorjahren Rückstände bei der Fahrzeugbeschaffung ausgeglichen wurden, kann der Ansatz für Fahrzeugbeschaffungen im kommenden Jahr um 600 T€ auf 1.700 T€ reduziert werden.

In der Sparte **Abfall- und Wertstoffsammlung** beläuft sich die Gesamtsumme der geplanten Investitionen auf 11.835 T€ (+1.250 T€). Der Ansatz beinhaltet den zukünftigen Wertstoffhof Nord (1.150 T€). Die Ansätze für Fahrzeuge, Behälter, Geräte, GWG entsprechen den Ansätzen der Vorjahre.

Gegenüber dem Vorjahr ist für die Sparte **Abfallbehandlung** eine Zunahme der Investitionen um 7.280 T€ auf 16.140 T€ vorgesehen. Insbesondere die geplante Biokompostanlage auf der Deponie Lahe trägt mit 6.200 T€ zu dem gestiegenen Ansatz bei. *Neu aufgenommen wurde zu diesem Ansatz der Ersatz einer thermischen Abluftbehandlungsanlage auf der Deponie Lahe (1.800 T€). Diese Anlage war im Sommer d. J. bei einem Brand beschädigt worden. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass der Schaden irreparabel ist und ein Ersatz dieser Anlage erforderlich wird. Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil der Investitionskosten über die bestehenden Versicherungen ausgeglichen wird. Dafür wird die geplante Erweiterung der Aufbereitungsanlage auf der Deponie Lahe (1.800 T€) zurückgestellt.* Darüber hinaus *ist* die Erweiterung des Sozialgebäudes der Deponie Lahe (250 T€) vorgesehen.

Die für die Sparte **Verwaltung und Hilfsbetriebe** vorgesehene Investitionssumme reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um 5.055 T€ auf 1.835 T€. Da das neue Büro- und Sozialgebäude der Betriebsstätte Karl-Wiechert-Allee 2012 weitgehend fertiggestellt wird, ist im Vermögensplan 2013 noch die Restabwicklung des Bauvorhabens vorgesehen. Als neue Maßnahme enthält der Vermögensplan zu dieser Position die Erneuerung des abgängigen Eingangsbereiches der Betriebsstätte Karl-Wiechert-Allee mit 500 T€.

Stellenplan:

Im Stellenplan 2013 werden durch die Einrichtung von *29* neuen Stellen insgesamt *1.641,5* Stellen (Vorjahr 1.612,5 Stellen) ausgewiesen.

Für die Wertstofferfassung mit der O-Tonne sind 22 neue Arbeitsplätze (Umland = 14, Stadt Hannover = 8) vorgesehen. Für die Einsammlung von sog. „wildem Müll“ sollen 3 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieses ist notwendig, da diese Leistung nicht mehr durch die Leine-VHS erbracht werden darf und daher in Eigenleistung übernommen werden soll.

Weiterhin sollen Arbeitsplätze für jeweils eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb der Wertstoffinseln/der Alttextilsammlung (Sachbearbeiter/-in), die Übernahme von Auszubildenden in der Kfz-Werkstatt (Kfz-Mechatroniker/-in) und die Übernahme von bisher durch Dritte (Kraftfahrer/-in) und Leiharbeiter (Mechatroniker/-in) ausgeführten Tätigkeiten im Deponiebereich geschaffen werden.

Der im Stellenplan ausgewiesene Wechsel von Mitarbeitern aus den Entgeltgruppen E 2/E 3 in die Entgeltgruppen E 5/E 6 betrifft Kraftfahrer mit Müllwerkerverpflichtung und erfolgt in Anwendung der Eingruppierungsrichtlinien.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung 2013
Anlage 2: Wirtschaftsplan 2013 / Erfolgsplan mit Spartenrechnung 2013
Anlage 3: Wirtschaftsplan 2013 / Vermögensplan mit Finanzplanung 2012 - 2016
Anlage 4: Wirtschaftsplan 2013 / Stellenübersicht